



Sitz / Verbreitung	Sitz: Gelsenkirchen; Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen
Gründung / Bestehen seit	1982
Struktur / Repräsentanz	Keine Bundestags- und Landtagsmandate; Vorsitzender: Stefan Engel (seit 1982) Entscheidungsgremien: Parteitag, Zentralkomitee (ZK) Gliederungseinheiten: Landes-, Kreis-, Ortsverbände, Betriebs- und Wohngebietsgruppen Nebenorganisationen: Rebell und Rotfuchse (Jugend- bzw. Kinderorganisation der Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)); Vorfelddorganisationen: u.a. »Frauenverband Courage e.V.«, kommunale Wahlbündnisse wie »AUF« Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Wahlbündnissen mit dominierendem MLPD -Einfluss: Neukirchen-Vluyn über »NV AUF geht's« (3 Ratssitze / 0 Bezirksvertretungssitze), Bergkamen über »BergAUF« (2 / 0), Mülheim an der Ruhr über »Mülheim für AUF« (früher »WIR für Mülheim«) (1 / 0), Gelsenkirchen über »Gelsenkirchen für AUF« (1 / 1), Witten über »AUF Witten« (1 / 0) und Solingen über »Solingen aktiv« (1 / 1)
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: rund 1.900 ➔ NRW: rund 650 ➔
Veröffentlichungen	Publikationen: Rote Fahne (RF) (wöchentlich; Auflage ca. 8.000); Lernen und Kämpfen (LuK) (mehrmals jährlich; Mitgliedermagazin); Rebell (zweimonatlich; Magazin des gleichnamigen Jugendverbandes); Revolutionärer Weg (theoretische Schriftenreihe); diverse Buchpublikationen Web-Angebote: mlpd.de, rf-news.de, rotefahne.info
Kurzportrait / Ziele	Das gesamte Aktionspotenzial der MLPD fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen

kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch unantastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.

Das Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die **MLPD** in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung »AUF« (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich“), die jedoch zum Teil personell mit der **MLPD** verflochten sind.

Finanzierung

Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus Vermögen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem **Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)** hervorgegangene **MLPD** bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse Tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzung der **MLPD** ist durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt. Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies, wo es unter anderem heißt: „Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anmerkung: gemeint ist die MLPD] zum bewaffneten Aufstand erheben, [...] den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, [...] die Diktatur des Proletariats errichten und [...] gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse.

Europawahl am 25. Mai 2014

Mit 5.021 Unterstützerunterschriften übertraf die **MLPD** die zur Zulassung zur Europawahl erforderlichen 4.000 Unterstützerunterschriften und nahm mit einer Liste mit 18 Kandidaten an der Europawahl teil. Spitzenkandidaten waren Peter Weispfenning (Internationalismus-Verantwortlicher und ZK-Mitglied der **MLPD**) und Lisa Gärtner (Vorsitzende des Jugendverbands **Rebell**). Mit der Losung „**Rebellion** gegen die EU ist gerechtfertigt!“ wollte sich die Partei wegen „*der berechtigten Empörung unter den Massen über die EU-Bürokratie*“ als Alternative für eine „*positive, internationalistische und sozialistische Perspektive*“ anbieten.

Die **MLPD** erzielte bundesweit und im Land nur 0,1% der Stimmen (absolut: 18.198), davon 3.858 Stimmen in Nordrhein-Westfalen. Die **MLPD** bewertet den Wahlkampf dagegen als erfolgreich in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Kürze der Zeit und aufgrund einer angeblichen Benachteiligung durch einen medialen Boykott.

Kommunalwahlen am 25. Mai 2014

Auf kommunaler Ebene steuert die **MLPD** im Hintergrund angeblich unabhängige und überparteiliche – »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)« – Personenwahlbündnisse, in denen ihre Mitglieder aktiv für die Sache des „echten Sozialismus“ im Sinne des Parteiprogramms eintreten.

In Bergkamen, Witten, Solingen und Gelsenkirchen haben diese Bündnisse ihre Mandate behalten. In Mülheim erzielte das im März 2014 neu gebildete Bündnis »Mülheim für AUF« nach der Loslösung aus dem Bündnis »WIR Mülheim« ein Mandat im Rat der Stadt. In Neukirchen-Vluyn wurde zu den bestehenden zwei Ratsmandaten ein weiteres Ratsmandat erzielt. In Essen verlor das Bündnis »Essen steht AUF« das bisherige Ratsmandat. Im Ergebnis hat sich die Zahl der Mandate für die »AUF«-Bündnisse damit nicht verändert.



Umweltpolitik als wichtiger strategischer Baustein der MLPD

Die **MLPD** hatte bereits auf ihrem Parteitag 2012 die Umweltpolitik zu ihrer „zweitwichtigsten Kampflinie für die Vorbereitung der internationalen Revolution“ erklärt, um auch auf diesem Gebiet den Kapitalismus zu bekämpfen und die angestrebte internationale Revolution der Arbeiterbewegung zu forcieren.

Vor diesem Hintergrund erschien im März 2014 das Buch „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“. Herausgeber ist der Parteivorsitzende Stefan Engel gemeinsam mit einem Autorenkollektiv, das zum Teil aus langjährigen Parteifunktionären besteht. Das Buch legt zwar faktenbasiert, jedoch in typisch kommunistischer Dialektik dar, dass die weltweiten Umweltprobleme die Folge marktliberalen Wirtschaftens kapitalistischer Gesellschaften sind, denen nur durch revolutionäre Veränderungen im Sinne sozialistischer beziehungsweise kommunistischer Ideologie begegnet werden kann. Das Buch ist seit seinem Erscheinen zentraler Bestandteil der ideologischen Schulungsarbeit der Partei.



Flyer zum Buch „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“

Das Buch steht im Kontext mit dem von der **MLPD** forcierten Aufbau einer „überparteilichen Umweltgewerkschaft“. Diese wurde bereits im Jahr 2012 in einer international angelegten Unterschriftenaktion gegen Atomkraft als Folge des Reaktorunfalls in Fukushima (Japan) im Rahmen des internationalen Engagements der **MLPD** in der »Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen (ICOR)« thematisiert. Die Gründung wurde mit mindestens 5.000

Initiatoren für Herbst 2014 ins Auge gefasst. Bereits in der Schlussresolution des Parteitagess 2012 heißt es hierzu:

„Die MLPD greift den Vorschlag zum Aufbau einer überparteilichen Umweltgewerkschaft auf und fördert sie intensiv. [...] In ihr muss die Arbeiterklasse zur führenden Kraft werden, die sich eng verbinden muss mit den vielfältigen anderen Kräften der kämpferischen Umweltbewegung aus den kleinbürgerlichen Zwischenschichten bis hinein in Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie.“

Die sogenannte »Umweltgewerkschaft« ist Ende November in Berlin als Verein mit dem Ziel der Anerkennung der Gemeinnützigkeit gegründet worden. Der maßgebende Einfluss der **MLPD** wird aufgrund der Ziele, Sprachmuster und im Kontext mit der »Umweltgewerkschaft« genannten Organisationen beziehungsweise Veranstaltungen deutlich.

Gerichtliches Vorgehen des »Frauenverbandes Courage e.V.« gegen Verfassungsschutzbericht 2013 bleibt erfolglos

Der »Frauenverband Courage e.V.«, eine von der **MLPD** gesteuerte Vorfeldorganisation der Partei, hat im Juli 2014 im Wege der einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf beantragt, dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (MIK) die Verbreitung des Verfassungsschutzberichts 2013 – in gedruckter Form – zu untersagen, sofern nicht zuvor Passagen über »Courage« entfernt oder unleserlich gemacht würden.

Mit Beschluss vom 1. September 2014 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Antrag zurückgewiesen und festgestellt, dass die Berichterstattung des MIK rechtlich nicht zu beanstanden sei und keine Zweifel an dem Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass »Courage« für einen verfassungsfeindlichen Personenzusammenschluss in Gestalt der **MLPD** handelt. Die **MLPD** sehe »Courage« als Mittel, die eigenen verfassungsfeindlichen Gedanken und Ideologien weiteren Kreisen der Gesellschaft zugänglich zu machen und sie dort zu verbreiten. Dass »Courage« auch in Kenntnis dieser Auffassung an seiner Zusammenarbeit mit der **MLPD** festhalte und auch in Zukunft festhalten will, bekräftige den Verdacht, dass »Courage« durch sein nachdrückliches Unterstützen der **MLPD** selbst verfassungsfeindliche Ziele verfolge.

Die Beschwerde von »Courage« gegen diesen Beschluss wurde vom Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen mit der Bestätigung der erstinstanzlichen Entscheidung und mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass der Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht gerechtfertigt seien, wenn man wie »Courage« mit einer verfassungsfeindlichen Partei zusammenarbeite, ohne sich von deren Verhalten und Zielen ernsthaft zu distanzieren. Derzeit ist noch das Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgericht Düsseldorf anhängig.

Das Vorgehen ist im Zusammenhang mit der Entziehung der Gemeinnützigkeit des Frauenverbandes Ende 2012 durch das Finanzamt Wuppertal zu sehen. Nach erfolglosem Einspruchsverfahren klagt der Verband derzeit vor dem Finanzgericht auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit. In sämtlichen Verfahren wird »Courage« anwaltlich durch eine Kanzlei vertreten, deren Inhaber zum Teil Mitglieder des Zentralkomitees der **MLPD** sind, also des zentralen Führungsgremiums der Partei.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die „Kritik-Selbstkritik-Kampagne“ unter dem Motto „*Erkämpfen wir die Selbstveränderung von MLPD und Rebel mit der neuen umweltpolitischen Aufgabenstellung*“ soll die durch die Gründung der »Umweltgewerkschaft« neue ökologische Ausrichtung der Partei in Vorbereitung auf den kommenden Parteitag unterstützen. In einer Aktionseinheit mit ihren als „Selbstorganisationen der Massen“ bezeichneten Vorfeld- und Nebenorganisationen will die Partei diesen neuen Fokus auch öffentlich herausstellen.

Nach dem ersten Musikfestival des Jugendverbands **Rebell** in Truckenthal (Thüringen) und dem „Frauenpolitischen Ratschlag“ in Chemnitz in diesem Jahr stehen für 2015 das „17. Internationale Pfingstjugendtreffen“ in Gelsenkirchen, die Vorbereitungen zur die „2. Weltfrauenkonferenz“ in Nepal 2016 und die Fortführung der Solidaritätsaktionen für die Kurden in Rojava (Syrien) an.

Die Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalwahlen zeigen erneut, dass die **MLPD** wahlpolitisch unbedeutend bleibt und auf niedrigem Niveau stagniert. Die Gründung der sogenannten »Umweltgewerkschaft« entspricht der seit Jahren praktizierten Strategie der **MLPD**, über Organisationen, die sich positiv besetzten gesellschaftlichen Themen widmen, die eigene politische Isolierung aufzubrechen. Die Verknüpfung der Umweltfrage mit kommunistischer Ideologie im Sinne eines „echten Sozialismus“ soll die Partei vor allem für politisch interessierte jüngere Menschen attraktiv machen. Die »Umweltgewerkschaft« ist zugleich Ausdruck des zunehmenden internationalen Engagements der **MLPD**, das sie seit der Gründung der »ICOR« in 2010 verstärkt vorantreibt. Zuletzt wurde der **MLPD**-Vorsitzende Stefan Engel Anfang 2014 bei der 2. Weltkonferenz der »ICOR« als Hauptkoordinator bestätigt. In diesem Kontext sind auch andere internationale Konferenzen, zum Beispiel der Frauenbewegung und von Berg-, Hafen- und Automobilarbeiter, zu bewerten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_mlpd](#)